

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/235

Bonn, den 22. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|--|---------------|
| 1 | <u>Bayernwahl im Schatten der Krise von Bonn</u> Von Waldemar von Knoeringen | 52 |
| 2 | <u>Auch ein Kommuniqué ...</u> CDU/CSU tut so, als wäre nichts geschehen | 23 |
| 2 | <u>János Kadar</u> Eine erstaunliche Wandlung | 25 |
| 3 - 4 | <u>Nach den Wahlen in Österreich</u> Schwierige Regierungsbildung Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta | 69 |
| 4 | <u>Ein verdienstvolles Werk</u> Endlich ein Buch über die deutsche Exil-Literatur von 1935 bis 1945 | 20 |
| 5 - 6 | <u>Weiterungen des Savade-Heyde-Falles</u> Dschungel widerstreitender Erklärungen | 47 |
| 6 | <u>Zum Zeitgeschehen:</u> <u>Aus dem Herzen</u> entnommen dem "Stern" vom 25.11.1962 | 29 |
| 7 | <u>Ein großes Leben</u> Zum Tode von James Middleton | 46 |

Bayernwahl im Schatten der Krise von Bonn

Von Waldemar von Knoeringen

Der neue Landtag Bayerns, der am Sonntag zu wählen ist, hat Entscheidungen zu treffen, die für lange Zeit den Weg des Landes vorausbestimmen und festlegen. Wann wird Bayerns permanente Schulkrise behoben? Was wird aus Bayerns Bauern? Diese Fragen sind zu beantworten, die damit verbundenen politischen Probleme zu lösen. Die Kräfteverteilung hat Bayerns Wähler, der sich mehr als in anderen Bundesländern landespolitischen Fragen befunden weisst, zu bestimmen.

CSU-Führung verlor die Nerven

Dieser selbstverständliche Zweck einer Landtagswahl wird überschattet von der Regierungskrise in Bonn. Empört über eine durch Unwahrhaftigkeit und Misstrauen vergiftete Atmosphäre erwartet die deutsche Öffentlichkeit vom bayerischen Wähler einen politischen Urteilspruch. Mancher Wähler wird sich überfordert fühlen, enttäuscht und abgestossen auf eine Stimmabgabe verzichten, ein Vorgang, der kaum den Parteien nützen und der Demokratie nur schaden kann. Die CSU-Führung, die einen Schuldspruch befürchtet, hat bereits die Nerven verloren und in den letzten Tagen des Landtagswahlkampfes eine Verdächtigungs- und Diffamierungskampagne von bisher nicht gekanntem Ausmaß gegen die Sozialdemokratie entfesselt. Von der Maßlosigkeit der Macht zur maßlosen Unsicherheit und von dort zur Maßlosigkeit der Mittel gegen den politischen Gegner war jeweils nur ein winziger Schritt. Es ist schlecht bestellt um das demokratische Selbstbewusstsein und um das staatliche Verantwortungsbewusstsein der CSU-Führung, das haben die letzten Tage erhärtet und bewiesen.

SPD kämpft nicht unter der Gürtellinie

Man hat den Landesverband der SPD Bayerns in den letzten Tagen beklagt, der CSU mit gleicher Münze heimzuzahlen. Die Empörung über die CSU-Methoden erfasste viele Nichtmitglieder der SPD. Als Landesvorsitzender der SPD kann ich zum Abschluß des Wahlkampfes feststellen, dass die Sozialdemokraten auch während der turbulenten letzten drei Wochen niemals mit dem Gedanken gespielt haben, ihre vor einem Jahr erhobene, auf der moralischen Appell und die sittliche Forderung "mehr Gerechtigkeit" begründete politische Zielsetzung aufzugeben, um unter Preisgabe der Landesprobleme ein Feuerwerk politischer Demagogie zu entzünden. Wir sind fest geblieben. Doch erhob sich vor dem trüben Hintergrund der Ereignisse um den CSU-Landesvorsitzenden in Bonn das vor Jahresfrist angekündigte Ziel der SPD nach "mehr Gerechtigkeit" zu einer Lebensfrage unserer demokratischen Ordnung. Die zwielichtigen Vorgänge verlangen geradezu die von der SPD angestrebte moralische Erneuerung der deutschen Politik.

- * Wert und Würde einer Demokratie werden bestimmt vom Maß der erreichten Gerechtigkeit. Nicht die psychologische Raffinesse zynischer Werbemanager, sondern der Wille zur Sachlichkeit und Sauberkeit werden den letzten Endes über die Rangordnung unserer Parteien in den Augen der Bürger entscheidend.

Die wirtschaftliche Struktur des Landes Bayern hat in den vergangenen Jahren die CSU begünstigt, doch hat diese Partei den Höhepunkt ihrer Macht überschritten. Inmitten traditioneller CSU-Gebiete regieren heute Sozialdemokraten als Oberbürgermeister und Bürgermeister. Auf dem Land bekennen sich immer mehr Menschen zur SPD. Auch in der Landespolitik wird es auf die Dauer nicht möglich sein, die Sozialdemokraten von der Regierungsverantwortung auszuschließen. Die SPD in Bayern ist überzeugt, dass das Ergebnis der Landtagswahlen am Sonntag den Anspruch der Sozialdemokratie auf Mitverantwortung in der politischen Führung des Landes unterstreichen wird.

Auch ein Kommuniqué ...

sp - Kommuniqués können gelegentlich sehr aufschlußreich sein. Die Verlautbarung des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktionen vom 20. November 1962 ist es ganz besonders. Da heißt es u.a. unter Punkt 2.:

- * "Der Vorstand der Fraktion der CDU/CSU stellt fest, daß die Verantwortung für die gegenwärtige Regierungskrise ausschließlich bei der FDP liegt, die aus wahltaktischen und propagandistischen Gründen die Gefahr einer schwelenden Krise heraufbeschworen hat, für die kein Anlaß gegeben ist. Die FDP hat durch ihren Beschluß die Koalition einseitig aufgelöst."

Diese Sätze muß man genießen. Da wird uns also mitgeteilt, daß für die nun schon seit Wochen schwelende Regierungskrise nicht nur "kein Anlaß gegeben" ist, sondern daß die FDP sie sogar "aus wahltaktischen und propagandistischen Gründen heraufbeschworen" habe. Wir haben, wie wohl hinreichend bekannt sein dürfte, vieles an der FDP auszusetzen, aber daß *s i e* die Krise "heraufbeschworen" hat - gegen diese unverfrorene Behauptung müssen wir sie in Schutz nehmen. - Offenbar hat man in den Führungsgremien der CDU/CSU noch nicht zur Kenntnis genommen, daß es aus hinreichend bekannten Gründen einen "Fall Strauss" gibt. Man scheint ferner zu ignorieren - oder tut wenigstens so - als seien die FDP-Minister noch nie bei Kabinettsentscheidungen einfach überfahren worden - Wahrscheinlich gehört das aber alles zum "Stil" einer Koalitionsregierung, die seit ihrer Existenz noch nicht richtig zusammengearbeitet hat.

+ + +
Janos Kadar

sp - Hat sich der ungarische Ministerpräsident und Parteichef Janos Kadar das Programm der ungarischen Revolutionäre vom Oktober 1956 weitgehend zu eigen gemacht? Sechs Jahre nach dieser Tragödie befinden sich die damals verhafteten Revolutionäre wieder in Freiheit, mit Acht und Bann bedachte Schriftsteller dürfen wieder schreiben und - Wunder über Wunder - Kadar sendet allen Menschen, die nach der Niederschlagung der Revolution ins Ausland flohen und dort zu verbleiben gedenken, die Botschaft, sie mögen auch weiterhin treue Freunde des alten Vaterlandes bleiben. Gleichzeitig führt dieser Mann, der sich damals als Werkzeug Moskaus mißbrauchen ließ und zum Verräter an der Revolution geworden war, einen unerbittlichen Kampf gegen die Stalinisten im eigenen Lager. Sie haben nichts zu lachen und müssen eine Position nach der anderen räumen. Die Revolutionäre von 1956 verlangten damals die Beseitigung des kommunistischen Bildungsmonopols und den Zugang für alle jungen Menschen zu den Universitäten, unabhängig von der "Klassenlage" ihrer Eltern. Das Bildungsmonopol wurde in den letzten Tagen aufgehoben - gegen hartnäckigen Widerstand der stalinistischen Funktionäre. Auf dem zur Zeit in Budapest stattfindenden achten Parteikongreß der ungarischen Kommunisten trat Kadar für die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger ein. Allen soll - ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit - der Zugang zur Verwaltung und zu Ämtern offen sein. Das ist eine revolutionäre Erneuerung, die der bisher geübten Prozedur widerspricht. - Kadars Verhalten im Oktober/November 1956 hat zu Rätselraten Anlaß gegeben - sein heutiges Verhalten tut es nicht minder. Dieser erstaunliche Mann ist zu erstaunlichen Wandlungen fähig.

+ + +

Nach den Wahlen in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Zwei Tage nach den Parlamentswahlen ist die österreichische Bundesregierung zurückgetreten und wurde, wie üblich, von Bundespräsident Dr. Adolf Schärf zunächst mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte beauftragt. Gleichzeitig wurde der Obmann der stärksten Partei, ÖVP-Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, mit der Neubildung der Regierung betraut. Damit beginnen nun Verhandlungen, die sich voraussichtlich sehr schwierig gestalten und dementsprechend langwierig sein werden. In der Zusammensetzung der künftigen Bundesregierung wird sich zweifellos das neue Kräfteverhältnis der beiden Koalitionsparteien auswirken, doch wird die SPÖ ihre Positionen gewiss zäh verteidigen.

Der Wahlgang vom 18. November hat, soweit es die Regierungsbildung betrifft, zwei wichtige Ergebnisse gebracht:

* Aus dem "lähmenden Gleichgewicht der Koalition" ist ein Übergewicht der ÖVP geworden.

* Die österreichische Bevölkerung hat sich eindeutig für eine weitere Zusammenarbeit in der Koalition entschieden.

Das bedeutet, dass die ÖVP bis auf weiteres die Hauptverantwortung trägt - auch für die Neubildung der Regierung - und dass von Alleinherrschaft der ÖVP oder von einer Bürgerblockregierung mit der FPÖ keine Rede mehr sein kann.

FPÖ - kein "Zünglein an der Waage"

Die Freiheitliche Partei (FPÖ) konnte zwar, dank einer glücklichen Wiegung der Wahlarithmetik ihre 8 Mandate behalten, hat aber 21.500 Wähler verloren (die übrigens der ÖVP zugute gekommen sind) und hat damit als "auf dem absteigenden Ast befindlich" ihre Qualifikation als präsumtive Koalitionspartei - etwa in einer Bürgerblockkoalition nach missglücktem Bonner Muster - eingeblüht.

Aber auch die "Reformerpläne" innerhalb der ÖVP, die auf eine Ausschaltung der Sozialisten und damit auf ein Ende der bisherigen Zusammenarbeit in der Regierung abzielten, lassen sich unter den gegebenen Verhältnissen nicht realisieren. Bundeskanzler Dr. Gorbach hat sich sowohl vor der Wahl als auch sogleich nach Bekanntwerden der endgültigen Wahlergebnisse für eine weitere Zusammenarbeit von ÖVP und SPÖ ausgesprochen und lediglich eine gewisse "Auflockerung der Koalition" angekündigt.

Die Position der SPÖ

Trotz des Rückschlages, den sie hinnehmen musste, befindet sich die Sozialistische Partei - so paradox das auch klingen mag - in keiner ungunstigen Situation. Die ÖVP hat nämlich gar keine andere Alternative, als wieder mit der SPÖ eine Regierung zu bilden. Die FPÖ kommt nicht nur wegen der erwähnten Stimmenverluste nicht als Koalitionspartner in Frage, sondern auch wegen des dagegen mit Sicherheit zu erwartenden Einspruchs des Bundespräsidenten.

Ohne Zustimmung der Sozialisten gibt es daher kein neues Kabinett Gorbach; und diese Zustimmung werden die Unterhändler der SPÖ der ÖVP wohl nur dann geben, wenn - wie man in Österreich zu sagen pflegt -

nichts so heiss gegessen wird wie es gekocht wurde". Allerdings ist zu erwarten, dass die SPÖ gewisse Positionen preisgeben muss, und zwar aller Voraussicht nach das Aussenministerium und die Führung der verstaatlichten Unternehmungen.

Bundespräsidentenwahl in 6 Monaten

Ein Vorteil ergibt sich aus der gegenwärtigen Situation für die SPÖ bei der im Mai 1963, also in wenigen Monaten, stattfindenden Bundespräsidentenwahl. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass der 73-jährige Bundespräsident Dr. Adolf Schärf - einst SPÖ-Parteivorsitzender - von Volk wiedergewählt wird. Schliesslich wird die ÖVP für die Lösung besonders schwieriger Probleme der kommenden Legislaturperiode, wie beispielsweise die Beteiligung Österreichs an der europäischen Wirtschaftsintegration und die damit im Zusammenhang stehenden Auswirkungen für die österreichische Wirtschaft, die Hauptverantwortung zu tragen haben. Damit werden für die nächsten Nationalratswahlen die Aussichten für die Sozialisten wieder besser werden.

Seit 1949 ist stets bei einer Wahl ein starkes Übergewicht der ÖVP und bei der darauffolgenden Wahl ein Gleichgewicht zu verzeichnen gewesen: Es betrug der Mandatsvorsprung der ÖVP gegenüber der SPÖ 1949 zehn Mandate, 1953 nur ein Mandat, 1956 acht Mandate und 1959 wieder nur ein Mandat. Gegenwärtig beträgt der Vorsprung fünf Mandate, weniger also als bei den für die Sozialisten ebenfalls ungünstigen Wahlergebnissen von 1949 und 1956, jedoch genug, um diese Partei zu veranlassen, alle Kräfte anzuspannen und wieder aufzuholen.

+ + +

Ein verdienstvolles Werk

Endlich ein Buch über die deutsche Exil-Literatur von 1933 bis 1945

sp - 17 Jahre nach Ende der Hitler-Diktatur kann man sich jetzt Einblick in die grandiose Leistung der deutschen Exil-Literatur verschaffen: Im Verlag Lambert Schneider (Heidelberg/Darmstadt) erschien eine von Wilhelm Sternfeld und Eva Tiedemann bearbeitete "Bio-Bibliographie" der aus Hitler-Deutschland vertriebenen Schriftsteller und ihrer Werke. Man findet darin Hinweise auf die unbeugsame Geistigkeit jenes Deutschland, das während des "tausendjährigen Reiches" im eigenen Vaterland zum Schweigen verurteilt war. Das Werk von Wilhelm Sternfeld und Eva Tiedemann enthält nicht nur die Namen berühmter Schriftsteller und Hinweise auf deren Werke, sondern bietet auch Einblick in das literarische Schaffen der weniger bekannten und z.T. sogar anonymen Wissenschaftler und Dichter, die sich in der ihnen eigenen Art mit ihrer damaligen Umwelt auseinandergesetzt haben. Viele dieser Bücher kann man leider nur im Ausland erhalten, andere sind inzwischen in Deutschland erschienen. Mit dem Werk "Deutsche Exil-Literatur" ist jetzt eine schmerzliche Lücke ausgefüllt worden, die alle jene besonders empfanden, denen bewusst ist, dass auch in den Jahren von 1933 bis 1945 die deutsche Literatur für das Ansehen eines besseren Deutschland geworben hatte. Sicher wird dieses Buch kein "Bestseller" im Sinne eines grossen Publikumserfolges werden. Umso mehr verdienen Herausgeber und Verfasser unseren Dank.

+ + +

Weiterungen des Sawade-Heyde-Falles

Kr - Gibt es in der Führung der Landesversicherungsanstalt von Schleswig-Holstein belastete SS-Führer? Diese Frage soll jetzt in einer Dienstaufsichtsbeschwerde geklärt werden, die der Lübecker CDU-Funktionär Klauspeter Kalder beim Innenministerium in Kiel anhängig gemacht hat. Schon der parlamentarische Untersuchungsausschuß im Fall Heyde/Sawade hatte ein eigenartiges Schlaglicht auf zwei Direktoren der LVA geworfen. Bis jetzt bewegte sich die ganze Affäre im Dschungel widerstreitender Erklärungen, eingestellter Ermittlungen und Dementis von Regierungsseite.

Vor dem Untersuchungsausschuß hatte der erste Direktor der LVA, Dr. Werner B o r n am 12. April 1961 nach den bohrenden Fragen der Abgeordneten Dr. Rohloff (CDU) und Strack (SPD) unter Eid zugeben müssen: Er war früher SS-Untersturmführer und in Gadeland bei Neumünster interniert, in dem auch Professor Heyde unter seinem richtigen Namen saß, aber nach Aussage von Born keinen Kontakt mit diesem hatte. Der für Finanzen und Haushalt verantwortliche Direktor der LVA Dr. D a g e f ö r d e war SS-Hauptsturmführer und in Neuengamme interniert.

Schon 1961 hatte Kalder behauptet, Dr. Born sei in der Nazi-Zeit als SS-Offizier der maßgebliche Mann in der Wirtschaftsverwaltung des Ghettos in Litzmannstadt gewesen. Born strengte ein Strafverfahren gegen Kalder an. Der Lübecker Oberstaatsanwalt verfügte aber am 11. September vorigen Jahres, daß dieses Verfahren einzustellen sei. Daraufhin hat nunmehr Kalder eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Born eingeleitet, mit der er diese Dinge geklärt wissen will. Der eigentliche Anlaß der Beschwerde, Dr. Born habe dienstinterne Vorgänge, die zum Ausscheiden von Kalder aus der LVA führten, in die Öffentlichkeit gebracht, treten dabei in den Hintergrund. In der gleichen Angelegenheit sind von Lübecker CDU-Leuten bereits Briefe an Ministerpräsident von Hassel und Frau Sozialminister Dr. Ohnesorge, der die LVA unterstellt ist, geleitet worden. Im "Lübecker Morgen" hat es mehrere erstaunte Leserbriefe über die Abweisung der Beschwerde gegeben. Frau Ohnesorge wies einen Beschwerdeführer lapidar mit den Worten ab: "Ich bedauere, Ihnen keine Mitteilungen über dienstinterne oder solche Vorgänge machen zu können, bei denen auch nur die Möglichkeit besteht, daß sie Gegenstand eines Disziplinarverfahrens sein oder werden können."

Auch zu den Hinweisen, daß Dr. Dageförde höherer SS-Offizier war und das Gnadenamt im SS-Reichsjustizministerium leitete, hat die Regierung in Kiel bisher keine Äußerung herausgegeben. Die rechtliche Vertretung des Initiators der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Born hat der Sohn des früheren Landtagspräsidenten Dr. Walther Böttcher (CDU), Dr. Stefan Böttcher, übernommen.

In Kiel wird darauf verwiesen, daß die Angelegenheit nunmehr im Landtag zur Sprache kommen werde, wenn die Regierung nicht eine klare Untersuchung gegen die beiden früheren SS-Führer vornimmt und die Öffentlichkeit darüber unterrichtet. Ferner wird darauf verwiesen, daß der jetzt wegen hundertfachen Mordes angeklagte Heyde als Dr. Sawade gutachterlich für die LVA in deren Außenstelle Flensburg tätig gewesen sei.

+ + +

Zum Zeitgeschehen:

Aus dem Herzen

Laut Soldatengesetz bin ich gehalten, in meinen Äußerungen - meinen obersten Befehlshaber betreffend - Zurückhaltung zu wahren. Sie werden mir vielleicht nachempfinden können, wie schwer einem das zumeilen fällt.

Um es kurz zu machen: Ich möchte Ihnen danken für Ihre Stellungnahme in Sachen "Spiegel"! Sie haben allen Offizieren, denen es geradezu unerträglich ist, sich in der Öffentlichkeit mit dem Verhalten ihres derzeitigen Ministers identifizieren zu müssen, aus dem Herzen gesprochen. Das noch dazu, als der Generalinspekteur es vor einiger Zeit für geboten hielt, im "Namen der Bundeswehr" eine Ergebenheitsadresse an den Herrn Minister zu richten. Es gibt kaum einen in der Bundeswehr, dem nicht klar wäre, wo die wahren Gründe für die "Spiegel-Aktion" zu suchen sind. Mit häßlichem Beifall aufgenommen werden die besorgniserregenden Vorkommnisse der vergangenen Woche nur von jenen, die der Partei des Ministers nahestehen oder sich von dieser etwas erhoffen. Wir sind aber keine CDU/CSU-Armee! Und was bleibt uns eigentlich noch zu verteidigen, wenn die im Grundgesetz festgelegten Freiheiten nur wohlklingende Postulate bleiben?

Ich möchte Sie daher herzlich bitten, diesen Aspekt in Ihrer journalistischen Tätigkeit im Auge zu behalten. Staatsbürger in Uniform wird man nicht durch eifriges Studium ministerieller Verordnungsblätter, sondern durch eigene Urteilsbildung. Vertrauen zu einer Regierung und zu einem Minister von den Qualitäten des Herrn Strauss aber ist unangebracht. Außerste Wachsamkeit scheint mir in unserer Gegenwart die viel zeitgemässere Geisteshaltung zu sein. - Ich begrüße Ihren Kampf gegen staatliche Bevormundung und konfessionelle Heuchelei. Wir dürfen in dieser Richtung nicht tätig sein. Tun S i e es bitte für uns! X. Y.

Major der Bundeswehr

Name und Anschrift des Briefschreibers sind dem STERN bekannt. Das Original ist allerdings so abgelegt, daß es auch bei einer eventuellen Untersuchung der Verlageräume nicht gefunden würde. - Red.

Ein grosses Leben

Zum Tode von James Middleton

F.S. - "Es war ein grosses Leben, und ich hoffe, das ich noch so lange leben werde, bis einige Träume, die wir alle träumten, Wirklichkeit werden." Das waren die letzten Worte seiner Abschiedsrede, die James Middleton während der Konferenz der Labour Party hielt, als er 1944 sein Amt als Generalsekretär der Partei zur Verfügung stellte.

Während der Abendstunden des vergangenen Sonntags hat sich dieses grosse Leben vollendet. Einer der letzten grossen Veteranen der britischen und internationalen Arbeiterbewegung, ein Sozialist im wahrsten Sinne, verstarb fast 85jährig nach langer und quälender Krankheit.

Im Jahre 1902 kam von Cumberland, einer Provinz im nördlichen England, ein 24jähriger junger Mann nach London, der schon seit etwa zehn Jahren Funktionen der Arbeiterbewegung ausübte. Seine Eltern waren bereits Sozialisten, die sich nie lange in einem Ort aufhalten konnten. Ihr Sohn mußte zehn Mal die Schule wechseln, bevor er sie mit zwölf Jahren endgültig verließ, um berufstätig zu werden. Sehr schnell aber begann dann der Aufstieg. Aus dem Büroboten wurde ein Buchdrucker, Journalist und Organisationssekretär.

Drei Jahre nach ihrer offiziellen Gründung wurde Middleton stellvertretender Sekretär der Labour Party und eröffnete mit dem späteren Ministerpräsident Ramsey MacDonald das aus zwei Zimmern bestehende Parteibüro. 1943 legte Arthur Henderson, der Aussenminister wurde, das Amt eines Generalsekretärs nieder und Middleton wurde sein Nachfolger. Als er zehn Jahre später das Parteihaus verließ, hatte die Labour Party noch während des Krieges 2 1/2 Millionen Mitglieder; ein Jahr später übernahm Attlee die Regierung.

Es ist unmöglich, hier einen Überblick über die mehr als 40jährige Tätigkeit Middletons als stellvertretender Sekretär und als Sekretär der britischen Partei zu geben. Mit ihm und durch ihn wuchsen die drei grossen britischen Arbeiterorganisationen: Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, denen er durch die Gründung des "National Council of Labour" eine Zentrale gab.

Es war ein politisch und menschlich bedeutsamer Akt, als Middleton während der schon erwähnten Abschiedsrede, also ein Jahr vor Kriegsende, auch Worte zu Ehren der Deutschen Sozialdemokratie fand: "Die Bücher sind noch nicht geöffnet", rief er aus, "die Gefängnisse noch geschlossen, viele Kämpfer mögen tot sein. Ehre ihrem Andenken". Dieser mutige Einsatz für das andere Deutschland war umso höher zu bewerten, wenn die schwierige Situation bedacht wird, in der sich die damals in England lebenden sozialdemokratischen Emigranten befanden. Deutsche Kommunisten und Anhänger des deutschfeindlichen Lord Vansittart vereinigten sich in ihren Angriffen gegen den Standpunkt der deutschen Sozialdemokraten, daß es unmöglich sei, das gesamte deutsche Volk für Nationalsozialismus und Krieg verantwortlich zu machen. -

Die britische Labour-Party hat einen grossen Mann verloren.